

ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG

der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA
und weiterer Abgeordneter
betreffend SOS APP

eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 4: Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1034 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2022 (Bundesfinanzgesetz 2022 – BFG 2022) samt Anlagen (1157 d.B.) – UG 10

in der 129. Sitzung des Nationalrates am 18. November 2021 – UG 10

EU-weit ist jede dritte Frau von Gewalt betroffen, jede Zehnte von sexueller Gewalt, jede 20. Frau wurde bereits das Opfer einer Vergewaltigung. Jeden Tag werden mehrere Frauen ermordet, die Zahlen steigen. In Österreich haben sich die Zahlen allein von 2014 bis 2018 verdoppelt. Und die Dunkelziffer liegt noch höher.

Gewalt an Frauen ist vielfältig - sexuelle Gewalt, physische Gewalt, psychische Gewalt, Zwangssterilisation, Zwangsverheiratung, weibliche Genitalverstümmelung, Ehrenmorde. Gewalt an Frauen ist durch nichts zu rechtfertigen.

Covid-19 und die dadurch bedingten Lockdowns haben zu einem weiteren, erschreckenden Anstieg von Gewalt gegen Frauen geführt: Mehr als 83 Polizeieinsätze in den ersten 31 Lockdown-Tagen in Spanien, 30 Prozent mehr Meldungen von Gewalttaten in den ersten elf Lockdown-Tagen in Frankreich.

Die Zahlen für 2020 für Österreich sind ebenso erschreckend:

- 31 Frauen wurden laut polizeilicher Kriminalstatistik – häufig von ihren (Ex-)Partnern oder Familienmitgliedern – ermordet.
- 11.652 Betretungs- und Annäherungsverbote wurden verhängt.
- 26 Frauenhäuser insgesamt 2.994 Personen, 1.507 Frauen und 1.487 Kinder, betreut.
- 10.571 Anrufe gingen bei der Frauenhelpline ein; bei 329 Anrufen musste wegen akuter Gewalt bzw. Gefährdung bei der Polizei oder bei Behörden mit Zustimmung der Anruferinnen interveniert werden.

Und das Jahr 2021 hat bislang zu keinem Rückgang der Gewalt gegen Frauen gezeigt, am 21. Oktober 2021 verzeichnete Österreich den 22. Frauenmord im heurigen Jahr in Österreich.

Rasch wirksame Maßnahmen gegen die steigende Gewalt an Frauen lassen in Österreich trotz anderweitiger Bekenntnisse der Bundesregierung leider auf sich warten. Vergleichbare Maßnahmen wie Spanien sie bereits gesetzt hat, wie beispielsweise die Nutzung geschlossener Ferienunterkünfte als temporäre Frauenhäuser, sucht man in Österreich vergeblich.

Nicht umgesetzt wurde bislang eine SOS-App, die es betroffenen Frauen auf unkomplizierte Weise ermöglichen würde, direkt mit der Polizei verbunden werden und

somit rasch und unverzüglich Kontakt aufzunehmen. Derartige Apps gibt es beispielsweise bereits in Spanien, Belgien und Frankreich.

Bislang hat die Bundesregierung Maßnahmen lediglich in Aussicht genommen. Gewalt gegen Frauen passiert jetzt. Maßnahmen müssen daher sofort gesetzt und umgesetzt werden. Es braucht umgehend Versorgungsstandards für die Opfer, Anspruch auf zeitnahe Therapie und volle Härte gegen Wiederholungstäter.

Damit rasch mit der Umsetzung von Maßnahmen gegen die Gewalt gegen Frauen begonnen wird, stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration, wird aufgefordert, umgehend eine SOS APP anzubieten, die es von Gewalt betroffenen Frauen ermöglicht, im Gefahrenfall rasch mit der Polizei Kontakt aufzunehmen.“


Barbara Eder (Rosa Eder)
Barbara Kasten (Kasten)
Barbara Lausch (Lausch)

